



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

88. Sitzung (öffentlicher Teil)¹

30. September 2009

Düsseldorf – Haus des Landtags

14:00 Uhr bis 15:50 Uhr

Vorsitz: Günter Garbrecht (SPD)

Protokoll: Simona Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2010 (Haushaltsgesetz 2010)

5

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9700
Vorlage 14/2789 (Erläuterungsband)

Einführungsbericht des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales zum Haushaltsgesetz 2010, Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales (Einzelplan 11)

Minister Karl-Josef Laumann führt in den Einzelplan 11 des Haushaltsgesetzes 2010 ein.

¹ TOP 8 siehe nöAPr 14/198

2 Gesetz zum Aufbau der Fachhochschule für Gesundheitsberufe in Nordrhein-Westfalen (Gesundheitsfachhochschulgesetz) 12

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9249

Ausschussprotokoll 14/933

– abschließende Beratung und Abstimmung

Der AGS-Ausschuss empfiehlt dem federführenden AIWMT mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und Grünen, den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/9249 anzunehmen.

3 Gesetz zur Änderung gesundheitsrechtlicher Vorschriften 18

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9710

– Festlegung des Beratungsverfahrens

Der AGS-Ausschuss will zu diesem Gesetzentwurf ein Expertengespräch führen.

4 Verordnung über Zuständigkeiten im Bereich der Jugendwohlfahrt nach dem Jugendschutzgesetz, dem Sozialgesetzbuch VIII – Kinder und Jugendhilfe – und dem Jugendfreiwilligendienstgesetz (ZuVo JuWo) 19

Vorlage 14/2785

Der Ausschuss nimmt die Verordnung zur Kenntnis.

- 5 „BewohnerInnen in vielen Pflegeheimen in NRW von Mangelernährung bedroht“; Erste Ergebnisse einer Studie der Universität Witten/Herdecke** **20**
- Vorlage 14/2834
- Bericht der Landesregierung
- Minister Karl-Josef Laumann und MDgt Ullrich Kinstner nehmen für das MAGS Stellung und beantworten Fragen aus dem Ausschuss.
- 6 „Wohnberatung in NRW – Situation nach dem Auslaufen des Landesmodellprogramms“** **27**
- Sachstandsbericht der Landesregierung
- Die Obleute sollen das weitere Vorgehen klären.
- 7 Verschiedenes** **28**
- a) **Schweinegrippe** **28**
- b) **Gespräch mit dem Verband der Ersatzkassen e. V.** **31**

3 Gesetz zur Änderung gesundheitsrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9710

– Festlegung des Beratungsverfahrens

Vorsitzender Günter Garbrecht teilt mit, nach dem Verzicht auf eine plenare Beratung habe das Plenum diesen Gesetzentwurf am 10. September 2009 an den AGS-Ausschuss überwiesen. In dieser Sitzung gehe es nach dem Willen der Obleute lediglich um die Festlegung des Beratungsverfahrens. Dabei sei zu berücksichtigen, dass das Gesetz nach dem Wunsch der Landesregierung Ende des Jahres in Kraft treten solle.

Heike Gebhard (SPD) beantragt namens ihrer Fraktion unter Hinweis auf die zentrale Bedeutung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes, ein Expertengespräch zu diesem Gesetzentwurf zu führen.

Vorsitzender Günter Garbrecht kündigt an, dieses Expertengespräch nach vorheriger Absprache für eine der nächsten Sitzungen anzuberaumen.

Auch mit Blick auf die am Vormittag durchgeführte Anhörung müsse der Ausschuss einmal eine grundsätzliche Verständigung über die Zahl benannter Sachverständiger herbeiführen. Für das soeben beantragte Expertengespräch sollten keine Massenvorschläge abgegeben werden.

Hubert Kleff (CDU) möchte wissen, zu welchem Bereich das Expertengespräch stattfinden solle. Das Gesetz umfasse drei Artikel.

Zu dem ersten Artikel, antwortet **Heike Gebhard (SPD)**.

Hubert Kleff (CDU) fragt nach, ob die Zusammenführung verschiedener Landesgremien und die Früherkennungsuntersuchungen für Kinder gemeint seien.

Heike Gebhard (SPD) möchte diese Frage im Obleutekreis klären. Ihr genüge die Behandlung von Art. 1.

Vorsitzender Günter Garbrecht weist darauf hin, dass das Expertengespräch zum gesamten Gesetzentwurf mit allen drei Artikeln geführt werde. Schwerpunkte könnten von den Obleuten gesetzt werden.

Der AGS-Ausschuss will zu diesem Gesetzentwurf ein Expertengespräch führen.

